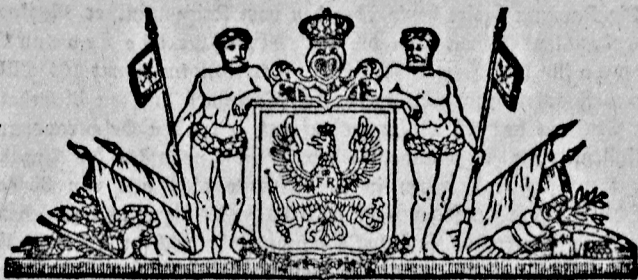


# Vossische



# Zeitung

2 Mark  
(Ausland: 3 Mark)

Begründet 1704  
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurzzettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten monatlich 50 Mark, durch die Post 45 Mark; unter Streifband 105 Mark im Inland, 125 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark, Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

## Wilson-Krise im Unterhaus.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

c London, 23. Juni.

Die Ermordung des Marschalls Wilson hat beinahe einen Sturz der englischen Regierung herbeigeführt. Eine Reihe Unterhausmitglieder wollte wissen, warum die Regierung die Maßnahmen zum Schutz des bedrohten Marschalls nach der Unterzeichnung des irischen Vertrages aufgehoben habe. Die Lage war für die Regierung so gefährlich, daß sie klar erkannte, eine Abstimmung werde bei der im Hause herrschenden Erregung zweifellos eine schwere Niederlage nach sich ziehen. Die Bemühungen sämtlicher Minister waren daher darauf gerichtet, eine Vertagung der Debatte auf Montag zu erreichen, was auch schließlich gelang. Die Mitteilung Chamberlains, daß die polizeiliche Überwachung der Minister und anderer hervorragender Persönlichkeiten auf Veranlassung von Scotland Yard aufgehoben worden sei, machte auf das Haus einen sehr schlechten Eindruck. Die Wohnung Lord Carlsons wird jetzt wieder von bewaffneter Polizei bewacht, und es wurde Vorsorge getroffen, um weitere Attentate zu verhindern.

Die Mörder Sir Henry Wilson erschienen heute vor dem Polizeigericht von Westminster. Sie tragen deutliche Spuren der Mißhandlung, die sie gestern erlitten haben. Ihre Verbände sind blutig, und die Gesichter geschwollen und zertrübt. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend nächster Woche vertagt. Einer der Verhafteten war bis gestern mittag als Bote in einem der Ministerien tätig, aber sein Name stimmt nicht mit dem amtlichen Register überein. Beide Mörder sind Kriegsteilnehmer, die in der Nähe von Croppden gelebt haben.

Die Polizei gelangte in Besitz Aufsehen erregender Dokumente, nach deren Kenntnisnahme die Behörden folgerten, daß gegen eine Reihe hervorragender Personen Anschläge geplant sind. Nach Hausdurchsuchungen an verschiedenen Stellen in London und Umgebung sind insgesamt zehn Personen verhaftet worden. Waffen und Brandbomben wurden beschlagnahmt.

Marschall Wilson wird in der Uniform beerdigt werden, die er trug, als er den Kugeln zum Opfer fiel. Es wurde noch festgestellt, daß der Tod nicht durch einen Kopfschuß herbeigeführt wurde, sondern durch eine Kugel in die Brust, deren Spur durch den Waffenschuß verdeckt war. Es ist endgültig festgestellt, daß Feldmarschall Wilson in der St. Pauls-Kathedrale beigelegt wird. An der Beisetzung werden 3-4000 Mann der Londoner Garnison teilnehmen. Man glaubt, daß auch General Hoch zur Beisetzung nach London kommen wird.

## Vorberatungen der Haager Kommissionen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

h Haag, 23. Juni.

Der gestrige und der heutige Tag waren angefüllt mit Sitzungen der drei Unterkommissionen für die Schuldenregelung, Kreditgewährung und Privateigentums-Rückstattung. Die Sitzungen sind streng vertraulicher Natur und alle Versuche, einen Teilnehmer zum Reden zu bringen, sind gescheitert. Die über die Sitzungen ausgegebenen amtlichen Pressemitteilungen sind äußerst laug. Sie geben bekannt, daß Fragen allgemeiner Art und die Verhandlungsweise erörtert wurden. Die Kreditunterkommission hat beschlossen, die Russen aufzufordern, sich zunächst über ihre Auffassung der Dinge zu äußern. Die Kreditkommission tagt auch am Sonnabend vormittag, die anderen erst am Montag. Nach der Ankunft der Russen sollen die Sitzungen so gehandhabt werden, daß die erste Unterkommission für Privateigentum jeden Montag und Dienstag, die zweite für Schuldenregelung jeden Mittwoch und Donnerstag, die dritte für Kredite Freitag und Sonnabend zusammenzutreten soll.

Der Vertreter des „Baderland“ in Moskau meldet seinem Blatte, daß sich Radel in einem Gespräch über die Haager Konferenz wenig zuversichtlich ausgesprochen habe. England und Frankreich seien garnicht imstande, etwas zum Wiederaufbau Europas zu tun, da die Haltung Amerikas hinsichtlich Europas noch vollkommen ungewiß sei. Infolge der wirtschaftlichen Schwächung kämen staatliche Kredite für Rußland gar nicht in Frage, höchstens von privatkapitalistischer Seite sei etwas zu erhoffen. Diese privatkapitalistischen Kreise würden sich jedoch hüten, Beschlüsse zu fassen, ehe ihnen die Bedingungen Rußlands bekannt wären. Vielleicht sei im Haag ein Abkommen zwischen den Sowjets und derartigen Privatdarlehensgebern zu erzielen. Im Falle das russische Volk keine Kredite erhalte, könne es warten und sich von innen heraus erholen. Die wirtschaftliche Hilfe Deutschlands mache sich bereits fühlbar. Obwohl noch beschränkt, habe sie doch viel mehr Bedeutung als die Versprechungen der Entente, weil diese Hilfe unmittelbar eingetretet sei.

## Der Moskauer Justizmord.

### Eine Unterredung mit Theodor Liebtnecht.

Gestern nachmittag sind die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre — der Belgier Vandervelde, Reichstagsabgeordneter Dr. Rosenfeld und Rechtsanwalt Liebtnecht — von Moskau in Berlin eingetroffen, nachdem sie sich gezwungen sahen, die Verteidigung der des Hochverrats angeklagten Sozialrevolutionäre niederzulegen. Rechtsanwalt Dr. Theodor Liebtnecht machte einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ über seine Erlebnisse vor dem Moskauer Gericht folgende Mitteilungen:

„Unsere Ankunft in Moskau war nicht sehr angenehm. Wir wurden von einer zwei- bis dreitausendköpfigen Menge unmittelbar nach dem Verlassen des Bahnhofs umdrängt und beschimpft. Wir waren nicht allzu erstaunt, da wir ein ähnliches Erlebnis schon auf einer anderen Bahnstation kurz vor Moskau erlebt hatten. Die Menge in Moskau war gut eingedrillt, ganz offenbar stand die ganze Demonstration unter einer wohl vorbereiteten Regie. Man umstellte unsere Autos, spie in die Wagen, hielt uns Plakate vor die Augen, auf denen es hieß: „Ins Gefängnis mit der Verteidigung!“

Bei Beginn des Prozesses wurde seitens des Vorsitzenden sofort bekannt gegeben, daß es sich hier um ein Klassengericht handelte, das deshalb auch Klassenjustiz üben müsse. Das Berliner Willkommen wurde aus diesem Grunde auch für null und nichtig erklärt. Eine Einsichtnahme in alle Akten und Urkunden wurde uns jedoch in freimütiger Weise gestattet, so daß wir uns über die Anlagpunkte selbst so gut informieren konnten, wie wir nur wollten.

Wir sprachen mit Hilfe von Dolmetschern. Einen hatten wir uns selbst mitgebracht, für Vandervelde sprachen die russischen Verteidiger. Anfangs wurde uns vom Gericht selbst ein „Dolmetscher“ gestellt. Bei seinen Uebersetzungen stellten sich aber bald so erhebliche Unregelmäßigkeiten und Fehler ein, daß wir energisch gegen diesen „Dolmetscher“ protestierten, so daß er denn schließlich von der Bildfläche verschwand.

Das Gericht selbst ging, gelinde gesagt, im höchsten Maße subjektiv vor. Zeugen wurden kaum vernommen. Man entschuldigte sich damit, daß man einen Teil schon vernommen habe, daß man andere vergeblich versucht habe, zu erreichen, und daß schließlich mehrere unglaubwürdige Aussagen gemacht hätten, daß sie ganz unmöglich ins Gewicht fielen. Der Prozeß selbst dürfte sich noch sehr lange hinziehen. 90 Zeugen sollen angeblich noch vernommen werden und zehn Anlagpunkte stehen noch auf der Tages-

ordnung. Erst ein einziger Anlagepunkt ist bisher erledigt worden, so daß, nach dem bisherigen schleppenden Gang der Verhandlung zu urteilen, der Prozeß sich noch mehrere Wochen hinziehen dürfte.

Unser Aufenthalt in Moskau verlief im übrigen ungestört. Wir wurden in einem Landhause untergebracht, das zwei Wegstunden von Moskau entfernt liegt, und wir wurden jeden Tag mit Autos zum Gericht gefahren. Die ersten Tage standen wir unter schärfster Bewachung, die aber später gemildert wurde, da die Bevölkerung sich ruhig verhielt, zum Teil uns sogar sympathisch entgegentrat.

Der Ausgang des Prozesses ist nach dem bisherigen Verlauf kaum zweifelhaft. Es besteht eine große Bewegung für die Vollstreckung des Todesurteils. An der Spitze dieser Bewegung steht Bucharin, der die Massen, sowie die allein erlaubte bolschewistische Presse, besonders die „Prawda“ beeinflusst. In den Fabriken werden täglich Resolutionen gesammelt, die die „härteste Bestrafung“ — das ist nach russischem Recht den Tod — fordern. Und da das Gericht sich ja von vornherein dazu bekannt hat, sich an Abkommen nicht zu halten und schärfste Klassenjustiz zu üben, so weiß man ja, wohin der Kurs zielt. Die Angeklagten sind ruhig und erklären, sie würden alles tun, um die Verdachtsmomente zu entkräften, könnten aber gegen solch eine Justiz kaum etwas erreichen.

Ich, sowie alle Verteidiger, sind, nachdem wir das Beweismaterial studiert haben, der festen Ueberzeugung, daß von einer erwiesenen Schuld der angeklagten Sozialrevolutionäre keine Rede sein kann. Nicht einmal die Verdachtsmomente sind bestätigt. Nach dem bisherigen Verlauf des Prozesses ist vielmehr fast das Gegenteil bewiesen worden.

Dennoch müssen wir auf Grund der unglaublichen Propaganda bei den Massen für das Todesurteil, sowie auf Grund der unglaublichen Parteilichkeit des Gerichts das Schlimmste erwarten. Selbstverständlich werden wir nicht erst das Urteil abwarten, sondern schon vorher flammenden Protest erheben. Die Arbeiterschaft aller in den beiden Internationalen vereinigten Länder wird unverzüglich von der Moskauer Regierung verlangen, daß kein Blut vergossen wird.“

Wie wir hierzu erfahren, fand gestern nachmittag in Berlin eine Besprechung von den Vertretern der Amsterdamer und der Wiener Internationale statt, in der über die mißlungene Mission der drei Verteidiger Bericht erstattet wurde. Man beschloß in einem gemeinsamen Aufruf die Sowjetregierung aufzufordern, kein Todesurteil zu vollstrecken.

## Die Getreideumlage.

Die Entscheidung liegt beim Ausschuß.

Nachdem gestern vormittag der Volkswirtschaftliche Ausschuß die Beratungen über die Getreideumlage abgebrochen hatte, da sich bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage sogar zwei Regierungsparteien, Zentrum und Demokraten, der Stimme enthalten hatten, wurden Verhandlungen innerhalb der Koalition aufgenommen. Diese haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Es schien zwar gestern nachmittag zeitweilig, als sei man endlich der Lösung nahe, auf die man ja doch von allen Seiten wartet, und an deren Zustandekommen auch jeder glaubt; und zwar war man sich über die Menge von 2½ Mill. Tonnen und über die Freilassung von 10 Hektar einig geworden. Aber dann scheiterte die Einigung an der Preisfrage, auf deren Regelung die Sozialdemokraten und auch die Unabhängigen drängten. Und da man hierüber nicht zu einer Verständigung kam, wurden die Verhandlungen, die von 5 bis ½8 Uhr gedauert hatten, abgebrochen und das Weitere dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überlassen, der heute vormittag wieder zusammentritt.

Man kann nur hoffen, daß die Parteien endlich die Kraft des Entschlusses finden. Acht Tage politischer Spannung um diese Angelegenheit ist schon reichlich genug.

## Die Kosten von Genua.

Im Reichstag wurde gestern auf eine deutschnationale Anfrage mitgeteilt, daß die Kosten für die Entsendung der deutschen Delegation nach Genua 1 015 000 L e betragen haben, das sind rund 16 Millionen Mark.

## Prügelstrafen im Prager Parlament.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

rk Prag, 23. Juni.

Die Verhandlungen über die Regierungsvorlage betreffend Verstaatlichung der Auffig-Teplitzer Eisenbahn führte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Lärmstrafen. Der deutsche Antrag, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen und ihn morgen zu behandeln, wurde unter stürmischem Widerspruch der deutsch-bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Der Lärm dauerte auch während der Ausführungen der Berichterstatter an. Die Redezeit wurde entgegengesetzt dem Antrag der Deutschnationalen, welche 60 Minuten gefordert hatten, auf 30 Minuten festgesetzt, was wiederum auf den Bänken der Deutsch-bürgerlichen lärmenden Widerspruch hervorrief.

Sobann ergriff der deutschnationale Abg. Jung das Wort. Er wurde vom Präsidenten zweimal zur Ordnung gerufen und wiederholt aufgefordert, seine Ausführungen zu schließen. Er sprach aber 1½ Stunden. Da Jung, dessen Rede ständig von Zwischenrufen unterbrochen wurde, der Aufforderung nicht Folge leistete, entzog ihm der Vorsitzende das Wort und unterbrach die Sitzung. Er betrie eine Klubmänner-Konferenz. Gegen diese Maßnahme protestierten die Deutschnationalen in förmlicher Weise und forderten den Abg. Jung, der auch während der Sitzungspause auf der Rednertribüne geblieben war, auf, auf seinem Platz zu verharren.

Abg. Jung bleibt auf der Rednertribüne vier Stunden hindurch sitzen, währenddem die Domänner-Konferenzen stattfanden, um einen Ausweg aus der Situation zu suchen.

Als die Sitzung wieder begann, versammelte sich die Abgeordneten vor der Ministerbank. Rechts die tschechischen und links die tschechischen Abgeordneten. Der Präsident forderte den Abg. Jung auf, den Platz zu verlassen. Der Abgeordnete erklärte: „Ich